



Plenarprotokoll

75. Sitzung

Donnerstag, 11. März 2021

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	8776	Folgen der Verschiebung des Termins zur Überprüfung der Brandschutzmängel in der Rigaer Straße	8794
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	8776	Kurt Wansner (CDU)	8794
1 Aktuelle Stunde	8777	Senator Andreas Geisel	8794
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Kurt Wansner (CDU)	8794
Die Coronakrise und ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen	8777	Senator Andreas Geisel	8794
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)		Daniel Wesener (GRÜNE)	8795
Ines Schmidt (LINKE)	8777	Senator Andreas Geisel	8795
Cornelia Seibeld (CDU)	8779	Aufklärung der Zuwendungen an „Berlin hilft“	8796
Derya Çağlar (SPD)	8781	Stefanie Fuchs (LINKE)	8796
Jeannette Auricht (AfD)	8782	Senatorin Elke Breitenbach	8796
Bettina Jarasch (GRÜNE)	8784	Stefanie Fuchs (LINKE)	8796
Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)	8787	Senatorin Elke Breitenbach	8796
Senatorin Dilek Kalayci	8789	Hanno Bachmann (AfD)	8797
2 Fragestunde	8792	Senatorin Elke Breitenbach	8797
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Schuldenbremse	8797
Stand der Rekommunalisierung des Strom- und Gasnetzes in Berlin	8792	Daniel Wesener (GRÜNE)	8797
Daniel Buchholz (SPD)	8792	Senator Dr. Matthias Kollatz	8797
Senator Dr. Matthias Kollatz	8792	Daniel Wesener (GRÜNE)	8798
Daniel Buchholz (SPD)	8793	Regierender Bürgermeister	
Senator Dr. Matthias Kollatz	8793	Michael Müller	8798
Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)	8793	Stefanie Remlinger (GRÜNE)	8798
Senator Dr. Matthias Kollatz	8794	Senator Dr. Matthias Kollatz	8798
Auswirkungen des Auszahlungsstopps der Coronahilfen	8799	Christian Buchholz (AfD)	8799
Christian Buchholz (AfD)	8799	Bürgermeisterin Ramona Pop	8799
Bürgermeisterin Ramona Pop	8799	Christian Buchholz (AfD)	8799
Christian Buchholz (AfD)	8799	Bürgermeisterin Ramona Pop	8799
Bürgermeisterin Ramona Pop	8799	Karsten Woldeit (AfD)	8799
Karsten Woldeit (AfD)	8799	Bürgermeisterin Ramona Pop	8800
Bürgermeisterin Ramona Pop	8800		

Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte	8800	Tobias Schulze (LINKE)	8812
Holger Krestel (FDP)	8800	Dirk Stettner (CDU)	8814
Senator Andreas Geisel	8800	Sven Kohlmeier (SPD)	8815
Holger Krestel (FDP)	8801	Ronald Gläser (AfD)	8816
Senator Andreas Geisel	8801	Benedikt Lux (GRÜNE)	8817
Karsten Woldeit (AfD)	8801	Bernd Schlömer (FDP)	8818
Senator Andreas Geisel	8801	Benedikt Lux (GRÜNE)	8819
		Bernd Schlömer (FDP)	8819
		Ergebnis	8819
Prüfung von Pilotprojekten zur Öffnung von Orten der Clubkultur, Musik- und Theaterhäusern	8802	3.3 Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	8820
Dr. Michael Efler (LINKE)	8802	13 Solargesetz Berlin	8820
Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	8802	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3459	
Dr. Michael Efler (LINKE)	8803	Erste Lesung	
Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	8803	Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)	8820
Notker Schweikhardt (GRÜNE)	8803	Christian Gräff (CDU)	8822
Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	8803	Jörg Stroedter (SPD)	8823
		Christian Buchholz (AfD)	8824
Gesetzesinitiative für die Transparenz in der Lebensmittelüberwachung	8804	Jörg Stroedter (SPD)	8824
Stefanie Remlinger (GRÜNE)	8804	Christian Buchholz (AfD)	8825
Senator Dr. Dirk Behrendt	8804	Dr. Michael Efler (LINKE)	8826
Stefanie Remlinger (GRÜNE)	8804	Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)	8827
Senator Dr. Dirk Behrendt	8805	Dr. Michael Efler (LINKE)	8827
Notker Schweikhardt (GRÜNE)	8805	Henner Schmidt (FDP)	8828
Senator Dr. Dirk Behrendt	8805	Dr. Michael Efler (LINKE)	8829
3 Prioritäten	8805	Henner Schmidt (FDP)	8829
gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Ergebnis	8830
3.1 Priorität der Fraktion der CDU	8805	3.4 Priorität der AfD-Fraktion	8830
25 Planungssicherheit für Berliner Hochschulen: Hochschulverträge 2018 bis 2022 verlängern	8805	34 A Missbilligung der Senatorin Breitenbach und des Staatssekretärs Tietze wegen der rechtswidrigen Förderung des Stadtteilzentrums Steglitz – Hintergründe aufklären, Schaden wiedergutmachen und Förderpolitik künftig neu ausrichten	8830
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3445		Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/3479	
Adrian Grasse (CDU)	8805	<u>hierzu:</u>	
Dr. Ina Maria Czyborra (SPD)	8806	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3479-1	
Martin Trefzer (AfD)	8808	Hanno Bachmann (AfD)	8830
Tobias Schulze (LINKE)	8808	Torsten Schneider (SPD)	8832
Stefan Förster (FDP)	8810	Hanno Bachmann (AfD)	8832
Eva Marie Plonske (GRÜNE)	8811	Torsten Schneider (SPD)	8833
Ergebnis	8812	Cornelia Seibeld (CDU)	8834
3.2 Priorität der Fraktion Die Linke	8812	Hendrikje Klein (LINKE)	8835
12 Gesetz zur Weiterentwicklung des Informationszugangs für die Allgemeinheit	8812	Paul Fresdorf (FDP)	8836
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3458		Karsten Woldeit (AfD)	8836
Erste Lesung		Paul Fresdorf (FDP)	8836
		Steffen Zillich (LINKE)	8837
		Paul Fresdorf (FDP)	8837

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der SPD hat das Wort Herr Abgeordneter Schneider. – Bitte schön!

[Kurt Wansner (CDU): Eine Stellungnahme zum roten Filz!]

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal ist es ja im Grunde gar nicht verkehrt, wenn der Vorredner sagt, er hat ein Aufklärungsinteresse. Das wirft aber die Frage auf, warum Sie dann sagen, das politische Urteil stünde fest und heute müsse in einer Sofortabstimmung die Senatorin missbilligt werden. Das ist ein Widerspruch, den Sie hier nicht aufgelöst bekommen.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Deshalb will ich mich nicht an Ihrem handwerklich gar nicht einlassungsfähigen Antrag, der auch die Missbilligung von Staatssekretären beinhaltet und dergleichen, worauf im Ältestenrat hingewiesen wurde, abarbeiten, sondern zum CDU-Antrag reden, der hier als Ersetzungsantrag zusammen mit der Bitte, das an den Hauptausschuss zu überweisen, eingebracht wurde. Da sehe ich eine Kongruenz mit dem Wortbeitrag der Senatorin Breitenbach heute, die das in der Fragestunde genau so angesteuert hat: für Transparenz zu sorgen, dem Hauptausschuss eine Vorlage zu bringen. – Das ist ein souveräner Umgang damit, zunächst erst mal auf der formalen Ebene, und dafür danke ich Ihnen, Frau Senatorin Breitenbach.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Zur politischen Einordnung: Dass wir das ehrenamtliche Engagement in diesem Politikfeld stärken wollten und wollen, entnehmen Sie freundlicherweise der Haushaltsveranschlagung in Höhe von 300 000 Euro. Es gibt keine Veranlassung, dass sich die Koalition in dieser Frage korrigiert.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

In der Sache selbst haben wir offenbar folgende Faktenlage, jedenfalls aus der Presseberichterstattung und aus den Einlassungen, die ich hier heute gehört habe: Wir haben einen Remonstrationsvorgang – das ist im Beamtenrecht ein üblicher Vorgang –, und wir haben eine Verwerfung der dort vorgetragenen Argumente, die der SPD-Fraktion nicht bekannt sind. Die kennen wir nicht, aber offensichtlich gibt es jetzt auch einen Revisionsbericht, der dem Abgeordnetenhaus zugeleitet werden soll. Aus dieser Faktenlage können wir die Vorwürfe hier nicht als valide einordnen.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass wir – ich gestatte keine Zwischenfragen – nicht gehört haben, jedenfalls in den heutigen Beiträgen, dass ein Fehlverhalten

der Senatorin gerügt wird. Auch das ist ein Widerspruch. Wenn Sie hier sagen und kritisieren, die Senatorin habe sich erst sehr spät mit der Aktenlage befasst, dann haben Sie ja selbst offenbar gemacht, dass sie mit der Remonstration und der Zurückweisung nichts zu tun haben soll. Dann können Sie vielleicht die politische Verantwortung, aber nicht die tatsächliche Verantwortung adressieren; auch das nehme ich als Widerspruch wahr.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Das einzige, was uns interessiert und wo wir in gewisser Weise allergisch reagieren – das ist seit meinem Wortbeitrag im Namen der Fraktion zur DIESE eG bekannt, auch im Hauptausschuss –, ist: Wir legen schon großen Wert darauf, dass Geldabflüsse durch die Verwaltung mit den Haushaltsveranschlagungen korrespondieren. Ich kenne aber bisher gar keinen Anhaltspunkt, dass das nicht der Fall sei. Deswegen ist das ein völlig offener Vorgang. Politisch kann ich Ihnen aber schon jetzt sagen: Es wird auch mit der SPD-Fraktion zu keiner Missbilligung kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Die AfD-Fraktion hat eine Kurzintervention angemeldet. – Herr Abgeordneter Bachmann, Sie haben das Wort. – Bitte!

Hanno Bachmann (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Schneider! Sie haben den Sachverhalt jetzt so en passant abgehandelt. Ich hätte eigentlich gedacht, dass gerade Sie als Haushaltspolitiker, als Parlamentarier, auch wenn Sie Angehörige der Koalition sind, doch ein größeres Aufklärungsinteresse an den Tag legen – aus Ihrem Selbstverständnis als Parlamentarier heraus. Wenn aktenkundig ist, dass der Senat die Landeshaushaltsordnung massiv und systematisch missachtet hat – und das ist aktenkundig –, dann wäre das eigentlich auch für Sie Anlass, dort zumindest in eine nähere Betrachtung einzutreten und das nicht gleich so locker wegzufegen. Ich bedaure, dass Sie daran kein Interesse haben.

Ich glaube, es gibt einen Unterschied zwischen Ihnen und mir.

[Lachen bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –

Stefanie Fuchs (LINKE): Da gibt es
noch mehr Unterschiede!]

– Mehrere Unterschiede, aber in Bezug auf das, was wir heute behandeln, vor allem einen Unterschied! – Sie haben jetzt gesagt, Sie hätten die Presseberichte studiert und die Vorredner gehört, die Akten haben Sie aber nicht studiert. Ich habe die Akten schon studiert, und deshalb

(Hanno Bachmann)

erlaube ich mir auch schon ein Urteil im Gegensatz zu Ihnen, weil es sich wie ein roter Faden durch diese Akten zieht – in zig Vermerken und Stellungnahmen des LAF –, dass es das Vorgehen des Senats und die Förderung des Projektes „Berlin hilft“ seit 2018 für rechtswidrig erachtet.

[Beifall bei der AfD]

Und noch einmal: Es sind ja zig Prüfungen angestellt worden. Ich möchte nur aus einer zitieren. Im August 2020 hat das Justizariat des LAF noch einmal festgehalten, dass das Vorgehen rechtswidrig war, dass die Weisungen des Staatssekretärs rechtswidrig waren, Bescheide rechtswidrig waren und aufgehoben werden sollten und dass ein möglicherweise strafbares Verhalten im Raum steht. Das sagt das Justizariat des LAF, und ich habe keinen Grund, an diesem Urteil zu zweifeln. Ich mache mir das zu eigen und bringe diesen Vorgang ans Licht. Und dann ist eigentlich auch die politische Schlussfolgerung klar.

Vielleicht haben Sie da etwas Beißhemmungen, weil bei Ihnen irgendwo im Hinterstübchen das Schlagwort AWO aufgeleuchtet ist und Sie sich daran erinnern, was Ihre Genossen in Frankfurt in noch ganz anderer Dimension angestellt haben, als wir es hier in Berlin haben

[Beifall bei der AfD]

und wo das Ehepaar Richter gleich Millionen vereinahmt und sich ein Luxusleben aus der Finanzierung von Projekten aus Steuerzahlergeldern geleistet hat. Vielleicht erklärt das also Ihre Zurückhaltung, aber für uns ist das natürlich kein Grund, von unserem politischen Urteil abzulassen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Abgeordneter Schneider, wünschen Sie zu erwidern? – Das ist der Fall, und dann haben Sie das Wort.

Torsten Schneider (SPD):

Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Kollege, das Sie auf die Unterschiede zwischen mir und Ihnen hingewiesen haben. Das hat ja auch für eine gewisse Erheiterung gesorgt. Und Sie haben gerade wieder einen Unterschied deutlich gemacht: Sie haben es offensichtlich nötig, hier einen Vorgang aus Frankfurt zu erwähnen, um mit Schmutz zu werfen. Der hat offensichtlich mit diesem Vorgang gar nichts zu tun.

[Georg Pazderski (AfD): Das sagen Sie!]

– Sie tun mir immer den Gefallen, Herr Fraktionsvorsitzender.

[Georg Pazderski (AfD): Und Sie tun mir leid, Herr Schneider!]

Es gibt ein Sprichwort: Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen! – Also als AfD und mit Finanzen

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –

Hu, hu! von der der LINKEN
Georg Pazderski (AfD): Reden Sie doch mal über DIESE!]

und mit Spenden und mit Illegalität und mit Fragwürdigkeit jenseits des Politischen, rein handwerklich! Und dann auch noch Ihre Fraktion mit Finanzen!

[Georg Pazderski (AfD): AWO, Herr Schneider!
AWO! –

Weitere Zurufe von der AfD: AWO!]

Ich weiß nicht, mit welcher Fraktion ich jetzt gerade rede.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Also, wenn ich so schmutzig wäre, dass es sozusagen an der Nase rümpft, dann würde ich einfach meinen Sabbel halten, Herr Fraktionsvorsitzender!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –

Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Frank-Christian Hansel (AfD): Der rote Filz ist das Problem, und mit uns kommt der unter 10 Prozent! –
Georg Pazderski (AfD): Warten Sie mal das Wochenende ab!]

– Machen Sie ruhig weiter! Sie werten Ihr Anliegen eindeutig auf. Das kann ich Ihnen sagen, da sind sich hier im Haus alle einig, und die CDU muss jetzt schon überlegen, ob sie in diesem Fahrwasser mitschwimmt. – Nein, aber es gibt natürlich einen Unterschied: Sie haben sich ein Urteil gebildet und wollen gleichzeitig Aufklärung. Das ist ein Widerspruch. Wir haben keine Akten studiert, wir sind durch einen dringlichen Antrag und durch Pressebebilderstattung auf diesen Vorgang hingewiesen worden. Die CDU-Fraktion sagt auch: Das muss man mal im Haushaltsausschuss haushälterisch untersuchen, wie wir das politisch einordnen. – Da habe ich nichts zu korrigieren, aber ich dachte, es ist schon die Sache wert, mir den Spaß zu machen, noch mal darauf hinzuweisen, wo man vom Kopfe her stinkt, nicht wahr, Herr Fraktionsvorsitzender?

[Beifall bei der SPD und der LINKEN
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –

Georg Pazderski (AfD): Bei der SPD
Saskia Esken und Kevin Kühnert!
Sprechen Sie mal mit Herrn Thierse! –
Weitere Zurufe]